

# Energiebranche fürchtet Zentralisierung

Vor allem die Vorab-Genehmigung von Preiserhöhungen könnte die Regulierungsbehörden überfordern

**HEINZ JÜRGEN SCHÜRMANN**

HANDELSBLATT, 22.11.2004

Die in den 90er-Jahren weltweit begonnene Liberalisierungsoffensive bei Strom und Gas hat gewaltige Produktivitätsfortschritte ausgelöst. Doch stoppten natürliche Monopole bei den Energienetzen das Vordringen von Wettbewerbskräften. „Der Markt wird es schon richten“ – diese These sei zu simpel, meint der Kölner Energieprofessor Axel Ockenfels. Nur ein „gut designer Markt“ sei erfolgreich. Für Ockenfels steht fest, dass die Energieübertragungsnetze reguliert werden müssen. Seit Beginn des Sonderweges der deutschen Liberalisierung im Frühjahr 1998 wird aber gestritten, ob statt Deregulierung eine neue Regulierungsspirale notwendig wird. Es geht um die Wahl des kleineren Übels.

## Nur ein gut designer Markt ist erfolgreich

Deutschlands Sonderweg auf der Basis freiwilliger Selbstverpflichtungen der Netzeigentümer ist durch Brüssels Vorgaben seit Mitte 2004 beendet worden. Auch wenn die Re-

gulierungsbehörde ihre Arbeit noch nicht begonnen hat, steht fest, dass der Regulator künftig die Zugangsmodalitäten zu den Strom- und Gasnetzen maßgeblich beeinflussen wird. Die vom Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement Ende Oktober vollzogene Kehrtwendung zu Gunsten im Vorhinein zu genehmigender Preiserhöhungen für Strom- und Gastransporte hat für große Überraschung gesorgt. Über viele Monate hatte Clement allein für eine nachträgliche Missbrauchsaufsicht gekämpft.

Der Essener Energieexperte Dieter Schmitt spricht von einem „Ettikettenschwindel“; es drohe nun eine „Kostenlawine“. Denn der Regulator verfüge noch über kein empirisches Kontrollinstrumentarium, um schon heute im vorab für mehr als 1600 Netzbetreiber „die Entgelte auf ein effizientes Maß zurechtstauen“ zu können. Auf der Basis einer nachträglichen Missbrauchskontrolle wäre der Lernprozess besser zu organisieren gewesen. Schmitt hat großes Misstrauen, dass sich die staatlichen Akteure übernehmen könnten. Statt Liberalisierung und Deregulierung laufe nun alles auf

staatliche Interventionen und eine zentrale Regulierung hinaus.

Die empirischen Belege sind eindeutig: Der Staat hat seit Ende der 90er-Jahre eine Verteuerungswelle beim Strom gestartet. Ab 2005 beginnt europaweit der Emissionshandel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten; der Staat baut hierdurch ein neues Instrument auf, um den Energiemix zu be-

einflussen. Und die rot-grüne Koalition hat die Kernkraftwerksbetreiber unter öffentlichem Druck gezwungen, aus ihren Reaktoren vorzeitig auszusteigen. In „unheiliger Allianz“ versuchten die EU-Kommission und die Bundesregierung, immer größeren Einfluss auf das Marktgeschehen in der Energiewirtschaft auszuüben, warnt Schmitt.



Foto: Felix Fomane/dtp

Die Liberalisierung der Stromwirtschaft hat Produktivitätsfortschritte gebracht – aber natürliche Monopole stoppen den Wettbewerb.